Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(25.7.1977) Drucksache 9/303

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 303 S
(zu Drs. 9/182 S)
25. 07. 77

Mitteilung des Senats

Stellungnahme zum Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses „Stadt" vom 22. November 1976 (Drs. 9/182 S) zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 1974 und zum Bericht des Rechnungshofs zum Haushaltsjahr 1974 (Stadtgemeinde) vom 30. Juni 1976;

hier: Nummer 5 (Personalausgaben wegen Rationalisierungsmaßnahmen)

Dem Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen ist am 15. Februar 1977 ein erster Entwurf von Grundsätzen für das Aufstellen von Sozialplänen als Diskussionsgrundlage übersandt worden.

Der Gesamtpersonalrat hat zur Erörterung dieser Grundsätze eine Arbeitsgruppe gebildet, die im April 1977 erstmals mit Vertretern der hier zuständigen Behörde der Senatskommission für das Personalwesen zusammentraf. Hierbei machten die Vertreter des Gesamtpersonalrats deutlich, daß es ihnen zunächst darauf ankomme, in geeigneter Form festzulegen, daß aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen

— keine Kündigungen (einschließlich Änderungskündigungen) ausgesprochen werden;

— der vorhandene Rechtsstand der Möglichkeit eines Bewährungsaufstiegs gewahrt bleibt.

Sofern diese Probleme gelöst würden, erübrige sich eine Diskussion über das Fortbestehen der bremischen Dienstvereinbarung. Die Frage der Gewährung eines Übergangsgeldes neben einer Abfindung werde nicht als entscheidend angesehen, einer Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Tarifverträge über den Rationalisierungsschutz werde man sich nicht widersetzen.

Im übrigen habe man — obwohl hier eine abschließende Willensbildung noch nicht erfolgt sei — Interesse an der in dem o. g. Entwurf vorgeschlagenen einheitlichen technischen Regelung der Aufstellung von Sozialplänen in der bremischen Verwaltung.

Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Senatskommission für das Personalwesen und des Gesamtpersonalrats werden weitergeführt. Das abschließende Ergebnis dieser Erörterungen wird dem Rechnungsprüfungsausschuß zu gegebener Zeit unterbreitet werden.

BF
Sta
9. V